Annoncen-Expeditionen: Dresden-Stadt: Die Annoncen-Expeditionen, E. Lorenzkowski, Dresden-N., Oster-Straße 3. Dresden-Neustadt: E. Heinrich, Kleine Meißner Gasse Nr. 4 (Hilfsbureau für Buchhandel), Dresden-Neust., Leipziger Str. 110, A. Diehl Nfl. (B. Schmidt), Annonc.-Exp., Dresd.-N., Hauptstr. 1, G. Rudolf in Friedrichstadt, — Hugo Wähler in Striesen, Bismarckstr. 2, Herrnle, Marschnerstr., neben dem Postamt. — Otto Dittrich in Reinhardtsgrimma, — B. Müller in Leubnitz-Neuostra, Friedhofstr. 6, pt. — Emil Roßner in Rabebeul. — Rud. Grimm in Dr.-Mickten, — Friedr. Taubert in Cossebaude, — Otto Kunath in Gottr. — Hugo verw. Richter, Reichstr., Grunerstr. 12, Friedr. Wilh. Gittgener in Pillnitz, Bruno Schneider in Schönfeld, sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen Deutschlands.

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Erscheint jeden Wochentag Abends. 5 Uhr für den folgenden Tag. Anzeigen-Annahme wenigst bis mittags 2 Uhr. Inserate kosten die 5-gesp. Petitzeile 15 Pf., die Reklamezeile 40 Pf. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmter Stelle wird keine Gewähr übernommen. Der Bezugspreis beträgt durch Boten oder Post bezogen 1.50 Mk. vierteljährlich oder 50 Pf. für jeden Monat. Die „Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse" ist zu beziehen durch die deutschen Postanstalten, die Landbriefträger und durch unsere Boten. Bei jeder Störung hat Jemand entweder die Zeitung oder die Zahlungsgebühr von 40 Pf. vierteljährlich. 1/

Amtsblatt

für die **Kgl. Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt** und **Dresden-Neustadt**, das **Kgl. Amtsgericht Dresden**, für die Kgl. Superintendentur Dresden II, die Kgl. Forstrentämter Dresden, Moritzburg, für die **Gemeinden**

Laubegast, Tolkewitz, Dobritz, Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Leubnitz-Neuostra und **Cossebaude.**

Publikations-Organ für Blasewitz, Loschwitz, Rochwitz, Weisser Hirsch und Bühlau.

Lokal-Anzeiger für die **Lößnitzgemeinden, Dresden-Striesen** und **Neugruna.**

Beilagen: „Illustriertes Unterhaltungsblatt" ★ „Nach Feierabend" ★ „Haus- und Gartenwirtschaft" ★ „Fremden-Liste".

Druck und Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Blasewitz; verantw. Redakteur: Wilh. v. Buttlar, Blasewitz.

= Fernsprecher: = Amt Dresden Nr. 899.

Telegramm-Adresse: Elbgaupresse Blasewitz

Nr. 293. | **Dienstag, den 18. Dezember 1906.** | **68. Jahrg.**

Redaktionsschluß: 2 Uhr Mittags.
Sprechstunde der Redaktion: 5–6 Uhr Nachmittags.

Neueste Ereignisse.

Die Auslegung der Wählerlisten zum Reichstag hat bis zum 28. Dezember zu erfolgen. Für die Neuwahlen ist der 25. Januar festgesetzt.

Das norwegische Königspaar ist gestern von Station Wildpark über Berlin nach Kopenhagen abgereist.

Der Breslauer Magistrat will den Arbeiter Bienwald, dem bei den bekannten Straßenkrawallen eine Hand abgehauen wurde, im städtischen Dienst anstellen, den Prozeß jedoch aus prinzipiellen Gründen weiterführen.

Es war an der Zeit.

Es war an der Zeit, daß in unser politisches Leben einmal ein richtiges Donnerwetter hineinkam, das die Luft reinigte. Das ist die überwiegende Empfindung in der ganzen Bevölkerung, in den Städten, wie auf dem Lande. Wenn es immer wieder aus dem Reichstage herausklang, es solle und müsse Vieles anders werden, wenn es aber damit immer im Kreise herumging und nicht weiter kam, wenn im Volke selbst viele Wünsche laut wurden, dann war es wirklich schon am besten, die langen Reden in dem weiten Haus am Berliner Königsplatz hörten einmal auf, und der frische Luftzug einer Neuwahl brachte frisches Leben. Es kann ja dahingestellt bleiben, ob dies herniedergehende Donnerwetter nun gerade in der Weihnachtszeit so recht zu paß kam, aber da jetzt noch ein Spezialfall hinzutrat, die Ablehnung der Nachtragsforderungen für Südwest-Afrika, nun, so macht es auch nichts aus, daß uns der politische Weihnachtsmann gerade zum Feste diesen Bruch der aber doch auch eine wahre Herzerleichterung bedeutet, beschert. Den ganzen ungelösten Wirrwarr, all die Sensationsmeldungen und den übrigen Spektakel noch mit ins neue Jahr hineinzuschleppen, das wäre entschieden das Schlimmere gewesen. Und darum war es an der Zeit, den gordischen Knoten zu zerhauen, die Bahn frei für die Volks-Entscheidung zu machen.

Wir wollen keine voreiligen und nutzlosen Prophezeihungen über das kommende Wahlresultat machen. Wetter und Wahlen sind gleich schlecht zu berechnen; gewöhnlich kommt es anders. Wir wollen nur die Volksstimmung geben, wie sie in Wahrheit ist. Gewiß hat mancher Unmut über die neuen Reichssteuern, über die hohen Fleischpreise, wie über die ganze teure Zeit geherrscht; es ist weit mehr auf die verstärkten Geldausgaben, wie auf die doch auch vermehrten Einnahmen und auf die Hochkonjunktur im ganzen wirtschaftlichen und industriellen Leben gerichtet, und solche Stimmungen sind nun einmal menschlich erklärlich. Gewiß also besteht ein Unmut, der nicht von heute und gestern ist; aber trotzdem steht der Deutsche doch auf dem Standpunkt, daß sein muß, was sein muß. Als der neue Kolonialdirektor Dernburg einen ganz neuen, wohltuend schneidigen Ton in die Reichstagssitzungen hineinbrachte, da ist auch dem deutschen Michel kampffreudig zu Mute geworden, und als es sich jetzt um die Gelder für unsere Soldaten in Südwest-Afrika handelte, da gab es für ihn kein Haarspalten, da gab es nur eine Meinung: Blamieren können wir uns nicht! So wird heute gedacht; wir wollen nicht weiter prophezeien, aber daß das jetzt entfachte Feuer so bald wieder zu einem Aschenhaufen zusammensinken sollte, das können wir doch beim besten Willen nicht glauben.

Die Niederschlagung des Aufstandes in Südwest-Afrika hat uns unerwünscht viele Millionen gekostet, es sind dort früher auch Fehler gemacht, es sind unliebsame Dinge vorgekommen. Aber Fehler macht Jeder, und was im vorliegenden Fall die Hauptsache ist, sie sind von der Reichsregierung mit der Versicherung eingestanden, daß es anders und besser werden soll. Können wir mehr verlangen? Doch gewiß nicht. Nicht verlangen aber dürfen wir, daß unsere Soldaten in Südwest-Afrika, die unglaubliche Strapazen und Anstrengungen überwunden haben, sozusagen „auf'm Proppen" sitzen gelassen werden; das geht doch über Kreid und Rotstein! Wir in Deutschland an der Oder oder am Rhein oder an der Donau und am Neckar können nicht beurteilen, wie viel Mann da unten bis auf den Kopf gebraucht werden, das bringen wir nicht fertig, und wenn wir zehnmal so gescheidt wären; das kann nur von den militärischen Autoritäten an Ort und Stelle begutachtet werden. Die Soldaten haben doch in Süd-Afrika kein Terrain wie in der Umgegend des Reichstags-Gebäudes, Berliner Tiergarten und Linden, sondern müssen sich abmarachen bis zum Aeußersten. Und da wollten wir ihnen noch mehr zumuten? Nein, das geht nicht! Und Fürst Bülow und Kolonialdirektor Dernburg wollen doch auch nicht so und so viel Mannschaften nur zu ihrem Plaisier-Vergnügen an Ort und Stelle haben, sondern, weil es so sein muß, weil es nicht anders geht. Sie haben hoch und heilig versprochen, daß die Truppenzahl so bald wie möglich vermindert werden soll; was soll sonst noch?

Zur neuen Reichstagswahl.

Termin.

Die Neuwahlen zum Reichstage finden nach einer im Reichsanzeiger veröffentlichten kaiserlichen Verordnung vom 14. Dezember, die vom Fürsten von Bülow gegengezeichnet ist, am 25. Januar 1907 statt. Dieser Termin ist, da die Wahllisten vier Wochen ausliegen müssen, der denkbar frühste. Für die Aufstellung der Wählerlisten, die bis zum 28. d. M. fertig sein muß, bleiben den Behörden nur 14 Tage, die überdies noch durch die Weihnachtsfeiertage gekürzt werden. Die Stichwahlen fallen am 1. Februar stattfinden. Der Reichstag könnte also Mitte Februar zusammentreten.

Wahlaufrufe.

Als erste von allen Parteien ist die freisinnige Volkspartei mit ihrem Wahlaufruf hervorgetreten. Der Aufruf ist kurz, er appelliert an das freisinnige Bürgertum in Stadt und Land, in dem bevorstehenden Wahlkampfe seine ganze Kraft einzusetzen, und vertraut, daß die Partei ihre Geschlossenheit, Kampfesfreudigkeit und Stoßkraft von neuem bestätigen werde. Im Geiste des dahingeschiedenen großen Führers Eugen Richter soll der Kampf gehen um die Befestigung der nationalen Einigung Deutschlands, den Ausbau der politischen Freiheit und die Hebung der Wohlfahrt des gesamten Volkes. Einen vorläufigen Wahlaufruf, der erst am Mittwoch seine endgültige Fassung erhalten wird, hat auch die nationalliberale Reichstagsfraktion erlassen. In flammenden Worten bezeichnet der Aufruf den Appell an das deutsche Volk als eine erlösende Tat, als ein Aufatmen nach langgetragenem Druck. Deutsche Wähler, so heißt es darin, nicht kleinliche Parteiunterschiede stehen in Frage, nicht untergeordnete Dinge. Auf unsere alte Waffenehre, auf unsere nationale Stellung unter den Völkern kommt es an! Auf die Opfer an Gut und Blut richtet die Blicke, damit sie nicht vergebens gebracht sind. Halten wir alle zusammen gegen Zentrum und Sozialdemokratie als freie Deutsche, die in der Zukunft ihres Volkes die Zukunft für sich und ihre Kinder erkennen.

Ein Wahlpakt aller Liberalen ist verschiedentlich bereits zustande gekommen. Ihren gemeinsamen Wahlaufruf veröffentlichen Freisinnige Volkspartei, Freisinnige Vereinigung und Süddeutsche Volkspartei. Es heißt darin: „Unsere Parteien haben verkehrte Maßnahmen der Regierung auf kolonialem Gebiete stets entschieden bekämpft, haben aber ihre Mitwirkung zur Wiederherstellung der Ordnung im Schutzgebiet nicht versagt. Sie unterstützen auch die verantwortliche Leitung der Reichsgeschäfte bei der Abwehr unverantwortlicher Nebenregierungen und unzulässiger Pressionen. Zu gemeinsamer Arbeit für Freiheit und Kultur haben wir uns zusammengefunden. Wir fordern alle Liberalen in Stadt und Land zu arbeitsfreudiger und opferwilliger Unterstützung auf. Es gilt, das Deutsche Reich zu einem modernen Verfassungsstaat auszubauen, die politische Freiheit zu schützen und die Wohlfahrt aller Volksschichten zu fördern."

Der Bund der Landwirte sagt in seinem Aufruf: „Wollen wir Deutschen die Behauptung unserer Kolonien jenseits der Meere auf die Dauer sicher stellen, wollen wir deutsche Ehre und deutsche Geltung in der weiten Welt aufrecht erhalten, wollen wir rechte Weltpolitik treiben, so können wir das nur auf der Grundlage einer gesunden Heimatpolitik, welche dem deutschen Volke diejenigen Bürgerschichten und Berufsstände erhält, die seine wahre und unvergängliche Volkskraft bilden und deren Sicherung und Stärkung die unerläßliche Voraussetzung für eine kräftige Außenpolitik ist. Ohne diese Politik werden die Wurzeln der deutschen Kraft verdorren, wird das Reich seine Stellung in der Welt nicht behaupten können."

Die Sozialdemokratie veröffentlicht ebenfalls ihren sehr ausführlichen Wahlaufruf und fordert zugleich die Genossen zu einmütigster Agitation und genauer Kontrolle der Wählerlisten auf. Der Aufruf übt zunächst scharfe Kritik an den letztbewilligten neuen Reichssteuern, schlägt eine verschärfte Reichserbschaftssteuer und neu eine Vermögenssteuer von Reichswegen vor und verurteilt die ganze Kolonialpolitik als grausame Gewaltpolitik, gegen die sich zu wehren die Schwarzen Recht gehabt hätten. In Wahrheit hat doch die deutsche Kolonialverwaltung vorgehen müssen, nachdem die Eingeborenen bestialische Taten verübt hatten. Dann werden Zoll- und Sozialpolitik heftig angegriffen. Zum Schluß heißt es: „Unsere Wahlparole sei: Nieder mit allem, was uns hudelt und büttelt, was sich dem Fortschritt der Menschheit zur vollen Sonnenhöhe der Kultur entgegenstemmt."

Die Zentrumspartei will als Zählkandidaten überall den als Kolonialkritiker bekannten Abg. Erzberger aufstellen.

Ein interessantes Zusammentreffen.

Der 25. Januar, der Termin der Reichstagsneuwahl, zwei Tage vor Kaisers Geburtstag, ist der Tag der Bekehrung des Apostels Paulus, an welchem aus dem Saulus der Paulus wurde. Es ist aber auch der Tag, an dem der deutsche Kaiser Heinrich IV. seine dreitägige Bußübung vor Papst Gregor VII. im Eis und Schnee des Schloßhofes zu Kanossa begann. Zu letzterem Ereignis verdient übrigens bemerkt zu werden, daß diese drei Tage nach neuesten Forschungen doch anders verliefen. Heinrich IV. hat nicht diese Frist im härenen Gewande mit bloßen Füßen dagestanden, sondern sie diente zum Abschluß der Verhandlungen zwischen Kaiser und Papst. Diese äußerliche körperliche Bußübung und Demütigung fand nicht statt.